

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77



Brauchste Kohle, wirste eben mal Lehrer. Kann schließlich jeder. Foto: Kalaene / dpa

Masse statt Klasse

Seiteneinsteiger sollen den Lehrermangel ausgleichen. Nur: Auch gutes Fachwissen ersetzt keine didaktischen Kenntnisse

Von **Karolina Meyer-Schiff**

Wer glaubt, Fachkräftemangel ließe sich am ehesten durch die Anwerbung von Fachkräften beheben, war noch nie in einer Bildungsbehörde. Dort glaubt man nämlich, der allgegenwärtige Fachkräftemangel an Schulen ließe sich durch die Anwerbung von irgendwem beheben.

Drei Wege gibt es zur Zeit, als Seiteneinsteiger in den Schuldienst zu gelangen: Hochschulabsolventen können entweder ein vollwertiges Referendariat absolvieren und sich so pädagogisch nachqualifizieren. Sie können aber auch berufsbegleitend einsteigen: Das bedeutet, sie haben mehr Unterrichtsstunden als Referendare und nur wenige Fortbildungsstunden am Landesinstitut für Schule.

In Planung ist außerdem ein berufsbegleitender Einstieg, der fachlich mit Kursen an der Uni ergänzt wird. Wer das überlebt und am Ende durchkommt, kann eine Prüfung ablegen, die dem Staatsexamen gleichgestellt ist. Und dann gibt es noch eine Variante, aus dem Nichts Fachkräfte zu generieren: Das sind Lehramtsstudierende, die über die Stadtteilschule beschäftigt und in den jeweiligen Schulen eigenverantwortlich eingesetzt werden. Im Idealfall haben diese Studierenden schon mal ein Praktikum und ein paar Didaktikkurse an der Uni besucht.

„Die Schulen und die Bildungsensoratorin sind auf die Studierenden angewiesen, um die

Ausfallquoten gering zu halten“, sagt Burkhard Sachse, Lehrer und an der Uni Bremen lange Jahre zuständig für die Fachdidaktik-Ausbildung am Institut für Geschichte. Er selbst ist nach seiner Pensionierung noch einmal für zwei Jahre in den Schuldienst zurückgekehrt.

Den Einsatz von Studierenden als vollwertige Lehrkräfte hält er für „fatal“: „Natürlich ist Praxiserfahrung durch nichts zu ersetzen, deswegen gehen

„Man muss diese fürchterliche Zeit überbrücken“

Christian Gloede, Landesvorsitzender der GEW

auch viele Studierende hochmotiviert und begeistert an die Schulen.“ Doch das, was dann passiert, ist weder für die Studierenden noch für die Schülerinnen hilfreich: „Die Studierenden tun dann oft das, was Lehrern gerne tun, die in Not sind: Sie nehmen didaktische Halbfertigware, das Lehrerbuch zum Schulbuch und Kopiervorlagen, die die SchülerInnen dann bearbeiten sollen.“

Das aber habe mit Didaktik überhaupt nichts zu tun. „Man muss verstehen, was Didaktik überhaupt ist“, sagt Sachse – nämlich „zum Wesen einer Problemlage einen Lernprozess zu aktivieren, der bei den SchülerInnen auch Spuren hinterlässt.“ Das sei keine Schuld-

zuweisung, aber das Fehlen didaktischer Ausbildung führe dazu, dass die Lernergebnisse in Bremen „nicht besser, sondern schlechter werden“. Zum Vergleich: „Wenn Sie mal überlegen, durch was für eine Mühle die Referendare, die immerhin alle Kurse und Prüfungen schon absolviert haben, gehen: Bis an die Grenzen der Belastung, und nicht alle schaffen das.“ Die Rückmeldung von Mentoren und Seminargruppen sei dabei unverzichtbar.

Seiteneinsteiger, wie auch die Studierenden, stehen hingegen allein vor der Klasse, von Anfang an. „Das ist ein großes Problem“, sagt auch Christian Gloede von der GEW. Der Erfolg hänge dabei „ganz stark“ von der jeweiligen Schule ab: „Wie stark sind KollegInnen bereit, als Senior Partner zur Verfügung zu stehen?“ Vieles passiere auf dem Rücken der KollegInnen, die den Seiteneinsteigern mit Rat und Tat zur Seite stehen. „Das kann aber kein Privatengagement sein“, sagt Gloede und fordert für die betroffenen KollegInnen zumindest eine Stundenentlastung.

Das grundsätzliche Problem jedoch bleibt davon unberührt: Wie macht man aus fachlichen qualifizierten LehrerInnen? Das Motto im Moment: Augen zu und durch. „Man muss diese fürchterliche Zeit überbrücken“, sagt Gloede. Das LIS bietet für Seiteneinsteiger und Studierende begleitende Kurse zur Fortbildung an. „Das ist aber noch nicht ausreichend, was da

angeboten wird“, sagt Gloede. Gespräche über weitere Angebote und die Ausgestaltung der Qualifizierungsmaßnahmen laufen derzeit.

Der Didaktiker Sachse sagt: „Da wird herumdilettiert.“ Dass Studierende eigenverantwortlich unterrichten, anstatt erst mal ihre Ausbildung an der Uni zu beenden, um dann wiederum parallel Qualifizierungskurse beim LIS zu absolvieren, hält Sachse für eine „doppelte Pervertierung, weil diese Praxis damit auch noch legitimiert wird.“

Beim ZentralElternverband sieht man die Praxis des Seiteneinstiegs nicht so dramatisch: „Unser Ziel an erster Stelle ist die Versorgung der Klassen mit Personal und an zweiter die parallele Weiterqualifizierung dieses Personals, sodass wir am Ende vollwertige Lehrkräfte in den Klassen stehen haben“, sagt Piere Hansen vom ZEB.

Zum Einen seien es gar nicht so viele Seiteneinsteiger, als dass sich das bemerkbar machen würde, und einen Qualitätsunterschied nehmen die Kinder nach Auffassung des ZEB auch nicht wahr: „Die meisten SchülerInnen haben aber auch nicht bemerkt, dass sie in den letzten zwei Jahren von Studierenden beschult wurden.“

Tatsächlich scheinen Proteste von Eltern gegen diese Praxis nicht besonders laut. „Schüler können von einem fachlich dilettierenden, aber persönlich engagierten Lehrer begeistert sein“, sagt Sachse. Die Bildungsdefizite fallen erst später auf.

das schmelzende-banken-wetter

Die Hauptversammlungen von Bremer Kredit- und Oldenburgischer Landesbank haben den Weg in eine gemeinsame Zukunft freigemacht durch den Beschluss, zu verschmelzen. Vor zehn Tagen wär's leichter gefallen als bei nurmehr 23 Grad, Wolken

nachrichten

Bremer sorgt für gerechte Medizin

Friedhelm Hase, Gesundheitsrechtler an der Bremer Uni, ist in den Gemeinsamen Bundesausschuss berufen worden. Das Gremium, in dem Hase als stellvertretender Vorsitzender fungiert, legt fest, welche medizinischen Leistungen und Maßnahmen die gesetzlichen Krankenkassen für ihre Versicherten bezahlen, und welche nicht (taz)

SPD hakt bei Fischmehl nach

Der Fall der illegalen Einfuhr von Fischmehl aus Westsahara beschäftigt den Senat: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion erkundigt sich nach dem Stand der Ermittlungen. Mitte Juli hatte an einem Terminal der Hamburger Köster Marine Protein GmbH der Frachter Bente bis zu 3.000 Tonnen in der westsaharischen Hafenstadt Laayoune von einer marokkanischen Firma produziertes Fischmehl in Silos eingelagert. Marokko führt Krieg gegen die Westsahara, die das Königreich zu weiten Teilen besetzt hat. (taz)

heute in bremen

„Bei uns wackeln die Gläser“

Interview **Alina Götz**

Einwohner-

versammlung der Deutschen Bahn zur Lärmsanierung an der Stolzenauer Straße, 18.30 Uhr, Saal des Übergangswohnheims, Stolzenauer Str. 30

taz: Herr Hermening, sind Sie selber vom Bahnlärm an der Stolzenauer Straße betroffen?

Jörn Hermening: Ich wohne drei Kilometer weiter, also nicht direkt an der Stolzenauer Straße. Aber auch hier ist die Bahnstrecke laut zu hören. Da wackeln die Gläser! Und bei uns im Ortsamt schaue ich auch auf die Geleise.

Heute wird ein Gutachten vorgestellt, in dem neue Schallschutzmaßnahmen erörtert werden. Was erwartet die AnwohnerInnen?

Ich lerne das Gutachten selber heute erst kennen. Ich bin gespannt! Bisher gab es ja für die Eigentümer der Häuser die Möglichkeit, Schallschutzfenster zu beantragen. Jetzt soll mehr kommen. Eine Lärmschutzmauer ist aber zum Beispiel schwierig, weil sich hier die Bahnstrecke nach Hannover und Osnabrück teilt und die Geleise so auf mehreren Ebenen liegen. Und ein Drittes für den Güterverkehr steht ja zur Debatte.

Tut sich hier was, weilsich die BürgerInnen so außerordentlich engagieren?

Ich bin ein großer Freund von Bürgerbeteiligung. Und die Anwohner sind hier sehr gut organisiert. Aber in diesem Fall liegt es wohl eher daran, dass die Bahn sich quasi freiwillig dazu verpflichtet hat, Maßnahmen zu ergreifen. Das ergibt sich aus Berechnungskriterien, wie die Zahl der Betroffenen und Dezibelmessungen. Damit fallen wir in das sogenannte Freiwillige Lärmsanierungsprogramm der Bahn.

Was ist Inhalt dieses Programms?

Das Programm hat der Bund aufgelegt, es regelt Lärmschutzmaßnahmen für bestehende Schienenstrecken. Bei Neubaustrecken sind die Kriterien viel strenger, aber das hilft den betroffenen Einwohnern hier ja nicht.

Seit wann beschäftigt Sie das Problem?

Solange ich denken kann, ist das Thema auf der Tagesordnung. Und das zieht sich ja ganz durch bis in die Innenstadt. Aber hier in der Stolzenauer Straße wohnen sehr viele Leute in Mehrparteienhäusern. Hemelingen ist in der Hinsicht schon ein schwer belasteter Stadtteil. Wir sind nicht nur durchschnitten von der Bahnstrecke, sondern liegen auch in der Einflusszone des Flughafens und an der A1, über die das Mercedes-Werk beliefert wird. Je nach Windrichtung hören wir das auch alles. Und dass das wegen des ganzen Feinstaubes gesundheitsschädlich ist, ist ja inzwischen wohl bewiesen.



Jörn Hermening, 43, ist Ortsamtsleiter in Hemelingen seit 2015.

Stadt verschleppt die Kontrolle

Im Abwasserstreit hätte der Senat bereits Ende Dezember 2017 die Kostenkalkulation für die Gebühren vor Gericht offenlegen sollen. Bis heute ist das nicht passiert, moniert Kläger Ernst Mönlich

Von **Klaus Wolschner**

Ernst Mönlich, Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaften an der Hochschule Bremen, ist sauer. Mit einer Normenkontrollklage hat Mönlich die Überprüfung der Abwassergebühren verlangt. Bei der Verhandlung im Herbst hatte die Präsidentin des Oberverwaltungsgerichtes, Ilsemarie Meyer, moniert, dass die Stadtgemeinde ihre Kalkulation der Preise für Abwasser nicht offenlegt und eine Frist bis Ende Dezember gesetzt.

Doppelt abkassiert hält besser

Die Stadtgemeinde Bremen erbetelte eine Fristverlängerung bis Ende Februar, dann eine bis April. Nun haben wir August. Offensichtlich, schrieb nun Mönlichs Anwalt ans Gericht, sei Bremen „nicht bereit, einen Nachweis zu hinterlegen, dass die der Hansewasser zu zahlenden Entgelte angemessen sind“. Daher ruft er das Gericht auf, die Verschleppung nicht weiter mitzumachen und sich auch nicht auf die Argumentation der Stadt einzulassen, der Kläger könne ja auf Grundlage des Sammel-

suriums der vorgelegten Unterlagen selbst eine Prüfung vornehmen.

Die private Firma Hansewasser macht erhebliche Gewinne, die Eigentümer erhalten mehr als 10 Millionen Euro im Jahr, und hat, da sie das Monopol auf die Abwasserentsorgung verwaltet, kaum ein Risiko, was die hohe Eigenkapitalrendite, sittenwidrig macht, so Mönlich. Er kommt auf ein Gebührensenkungspotential von „mindestens 15 Prozent“.

Die Details des Streits sind kompliziert. Zum Beispiel, so erläutert Mönlich, berechnet die Stadt zugunsten von Hansewasser eine Verzinsung des Kanalbau-Vermögens (350 Millionen Euro) mit 6,5 Prozent. Erstens, sei das ein völlig überhöhter fiktiver Zinssatz: Das Unternehmen Hansewasser selbst verweist zur Begründung seiner guten Gewinne darauf, dass die Zinssätze bei den Banken derzeit so günstig sind. Zweitens aber haben die Gebührenzahler nach Mönlich Auffassung die Kanalbauten bereits weitgehend finanziert.

Ihnen nun noch einmal einen Gebührenanteil aufzubrummen, hieße, sie doppelt abzukassieren. Formal beschließt die Bür-

gerschaft über die Höhe der Abwassergebühren. Nicht nur dem Oberverwaltungsgericht, sondern auch der Bürgerschaft müsste der Senat eine für alle Abgeordneten nachvollziehbare Begründung für die Höhe der Gebühren vorlegen. Das hat der Senat nicht getan: Die Bürgerschaft hat sozusagen blind die Erhöhung der Abwassergebühren zum 1.2.2017 um sechs Prozent beschlossen.

Bürgerschaft im Blindflug

Die Abgeordneten hatten auch nicht protestiert, als der Senat 2008 Hansewasser vertraglich zusicherte, bis 2028 auf jede Prüfung der Gebührenerhöhung zu verzichten. Der Anwalt von Mönlich bittet das Gericht deswegen in dem aktuellen Schreiben, sich die Verschleppungstaktik des Senats nicht weiter gefallen zu lassen und einen Termin anzuberaumen.

In Rostock und den 28 Umlandgemeinden ist die Wasserversorgung zum 1. Juli dieses Jahres rekommunalisiert worden - nach 25 Jahren. Die Wasserpreise sanken damit deutlich, die Kommune rechnet mit neun Millionen Einnahmen pro Jahr.